

Trotz „Klimarettung“: Norwegen will Grenze zur Ölförderung verschieben



Norwegen ist eines der reichsten Länder der Welt. Es gibt nicht wenige Stimmen, die den erheblichen Wohlstand auf die reichen Ölvorkommen in der Nordsee und auf die reichlich vorhandene Wasserkraft des Landes zurückführen. Die Hälfte der nationalen Exporte sind Öl und Gas; und die Rentenkassen werden mit den Einkünften aus dem Verkauf finanziert. Der wichtigste norwegische Schriftsteller Jo Nesbø meinte in einem seiner Kriminalromane einmal sinngemäß, daß die Norweger ihre überschaubaren Arbeitszeiten vermissen werden, wenn das Öl einmal alle sein könnte.

Wie jede Medaille hat auch der Reichtum zwei Seiten: Die kleine Kapitale Oslo ist auf den Listen der teuersten Städte der Welt stets ganz oben zu finden. Es gibt zudem immer weniger Einheimische, die in unattraktiven Branchen wie der Gastronomie arbeiten wollen, was Jo Nesbø in seinen (sehr empfehlenswerten) Büchern belegt, wenn seine Protagonisten stets in einem der zahlreichen Asia-Restaurants Oslos speisen. Zudem wollen junge Norweger immer weniger anstrengende Studiengänge belegen, was den Staat dazu zwingt, Fachkräfte aus dem MINT-Bereich zu importieren.

Die jungen Nordleute studieren stattdessen immer häufiger leichte Fächer, was das staatliche NGO*-Unwesen ähnlich wie in den D/A/CH-Ländern ordentlich aufbläht. Der beliebte Komiker hat in seiner einflußreichen [Dokumentation Gehirnwäsche](#) am Beispiel der Genderisten eindrucksvoll dargestellt, wie viele Studierende im Lande auf staatlichen Posten vom Steuerzahler leben.

Die Regierung sitzt damit in einer pikanten Zwickmühle: Die von Oslo seit 50 Jahren betriebene „fossilkapitalistische“ Wohlstandspolitik (Zitat nach [Lilith Rein, FfF Berlin](#)) bewirkt die Entwicklung eines radikalen akademischen Lumpenproletariates, das den „Fossilkapitalismus“ abschaffen will. Und so sieht die Politik von Ministerpräsidentin Erna Solberg denn auch aus: Auf der einen Seite muß sie den genderbewußten und klimarettenden Wähler aus der Bürgerschicht zumindest verbale Zugeständnisse machen; andererseits aber den Volkswohlstand durch Förderung der Rohstoffindustrie sichern.

Daher will die Regierung Norwegens wie die der Nachbarländer zwar seinen CO₂-Ausstoß bis 2030 um 40% verringern (ggü. 1990), plant derzeit aber die [Verschiebung der Eiskante nach Norden](#). Mit der „Kante“ ist mehr ein Grenzgebiet von teilweise beweglichem Meereis gemeint, hinter dem keine fossilen Rohstoffe mehr gefördert werden sollen. Da aber die altbekannten

Ölfelder in der Nordsee zur Neige gehen, und die gut entwickelte Ölindustrie des Landes nicht nur in Übersee fördern will, sollen die eigenen Ressourcengebiete erweitert werden.

Die Klima- und Umwelt-NGOs in Oslo reagieren reflexartig mit Protesten und fordern zum Schutz von Flora (Plankton?) und Fauna (Eisbären!) eine Beibehaltung der Fördergrenze. Verständlich, denn die verdienen schließlich ihr Geld damit. Die restlichen 99,9% der Norweger leben aber nicht vom Protestieren, sondern von der Realwirtschaft, weswegen die pragmatische Regierung der Eiskante neu festgelegt hat. In Abstimmung mit dem Parlament ist die neue Linie mit einer Wahrscheinlichkeit von 15%, statt wie bisher 30, im April *nicht* eisfrei. Dem ging bereits die Feststellung Solbergs voraus, daß die Eisgrenze natürlicherweise nach Norden gewandert sei – in einer Interglazial-Warmphase auch nicht anders zu erwarten.

Die Öko-NGOs warnen vor einer Ölpest und fordern daher eine Grenze weiter nördlich mit nur 0,5% Wahrscheinlichkeit für Resteis.

Beim Ölförderer *Norsk Olje og Gass* hingegen wird vermeldet, daß Norwegen traditionell ein sehr sicherer Förderort sei, und daß in der Barentssee längst gefördert werde – von den Russen, Gazprom. Ob im stürmischen Nordmeer in Zukunft überhaupt gefördert wird, ist übrigens noch gar nicht sicher. Die Natur macht den Betrieb von Plattformen sehr teuer; daher rechnen sie sich nur, wenn der Ölpreis an der Börse hoch genug ist. Wenn ja, soll es in zwei Jahren in der Barentssee losgehen.

*NGO: *non-governmental organisation*, nichtstaatliche Organisation